

(Beginn: 10.04 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle zur heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland. Ich begrüße die Vertreter der Medien.

Zu dieser 15. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 30. Mai 2008 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 16 vom 6. Juni 2008 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt. Die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Ich würde mich freuen, wenn als

Beisitzer

- Herr Stefan Haupt aus der FDP-Fraktion
und
- Herr Lorenz Bahr von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

hier oben Platz nehmen würden.

(Zurufe aus allen Fraktionen)

– Das ist immer der Auflockerungsmechanismus bei jeder Sitzung. Wir haben schon gesagt: Das hört irgendwann auf mit den Jüngsten; dann kommen die grauen Haare. Aber bei den beiden geht das noch.

Tagesordnungspunkt 1 lautet:

Anerkennung der Tagesordnung

Die aktualisierte Tagesordnung ist Ihnen in den Fraktionssitzungen verteilt worden bzw. liegt auf den Tischen aus.

Sind Sie, meine Damen und Herren, mit der Ihnen jetzt vorliegenden aktualisierten Tagesordnung einverstanden? – Ich sehe keine Wortmeldung; dann ist sie so **akzeptiert**.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Die Verpflichtung neuer Mitglieder ist heute nicht erforderlich.

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

– Antrag Nr. 12/294 der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN –

Der Antrag liegt Ihnen vor bzw. lag aus.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4:

Wahl der Landesrätin/des Landesrates des Dezernates „Personal, Organisation“

– Vorlage Nr. 12/3331 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung die Angelegenheit beraten und einstimmig bei Enthaltung der Stimmen der CDU-Fraktionskollegen als Empfehlung an die Landschaftsversammlung folgenden Beschluss gefasst:

Herr Frank vom Scheidt wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zum Landesrat des Dezernates „Personal, Organisation“ gewählt und erhält gemäß § 4 Absatz 1 Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 4 BBO zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist möglich.

Wortmeldungen dazu gibt es nicht.

Dann darf ich Sie darauf aufmerksam machen, meine Damen und Herren, dass, wenn niemand widerspricht – so sieht es die Geschäftsordnung in § 18 vor –, Wahlen für Landräte durch offene Abstimmung, ansonsten durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen werden.

Sind Sie mit der offenen Wahl einverstanden? – Wünscht jemand geheime Wahl? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Wahl. Wer Herrn Frank vom Scheidt zum Landesrat des Dezernates „Personal, Organisation“ des Landschaftsverbandes Rheinland zu den von mir soeben vorgelesenen Bedingungen wählen möchte, den bitte ich um sein Hand- oder Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Danke schön. Dann ist Herr vom Scheidt einstimmig bei Enthaltung der Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion gewählt worden.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich muss mich ergänzend korrigieren. Es gab zwei Enthaltungen auch der Stimmen der Linken. Damit ist jetzt das Ergebnis für das Protokoll richtig.

(Landesrat Frank vom Scheidt begibt sich zum Vorsitzenden – Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr vom Scheidt, Sie sind soeben einstimmig bei Enthaltung der CDU und der Linken von der Landschaftsversammlung gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch! Gute Zusammenarbeit! Und allzeit gute Hand! – Landesrat Frank vom Scheidt: Danke schön! Alles klar! – Vorsitzender Dr. Wilhelm überreicht dem Gewählten einen Blumenstrauß – Landesdirektor Voigtsberger gratuliert ebenfalls und übergibt ein Präsent – Beisitzer Lorenz Bahr, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schließt sich den Glückwünschen an)

Das Wort hat Herr vom Scheidt.

vom Scheidt: Ich bedanke mich für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich war ja in allen Fraktionen, und trotz aller politischer Unterschiede habe ich sehr viel Vertrauensvorschuss und sehr viel Wärme empfunden.

Ich freue mich auf die kommende Zusammenarbeit und verspreche Ihnen, dass ich das in mich gesetzte Vertrauen mit aller Kraft rechtfertigen werde.

Ich freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit. Glückauf für uns alle! – Danke schön.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Es gratulieren persönlich Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herr Dr. Rolle, SPD, Herr Dr. Heidrich, CDU, Herr Detjen, Die Linke., und Herr Paßmann, FDP, mit der Übergabe von Blumensträußen sowie weiteren Präsenten)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: So, meine Damen und Herren, ich möchte gern mit der Sitzung fortfahren.

Tagesordnungspunkt 5:

Budgetdeckelung im Krankenhausbereich

– Vorlage Nr. 12/3284/1 –

Sie ist Ihnen in den Fraktionssitzungen verteilt worden bzw. liegt auf Ihren Tischen.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Resolution ohne Votum an die Landschaftsversammlung zu verweisen. Deshalb liegt sie Ihnen hier zur Beratung und Abstimmung vor.

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Herr Heidrich bitte.

Heidrich (CDU): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anfang dieser Woche war in der Presse zu lesen, dass jede vierte Klinik in der Bundesrepublik Deutschland von der Schließung bedroht ist, im Rhein-Ruhrgebiet gar jede Dritte, und zwar deshalb, weil die gesetzlich zulässigen Budgetsteigerungen seit Jahren nicht mehr ausreichen, die durch Tarif- und Sachkostensteigerungen verursachten Mehrkosten im Krankenhausbereich auch nur annähernd auszugleichen.

Dies gilt auch bzw. in besonderem Maße für kommunale Kliniken und damit auch für die Rheinischen Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland.

Auf Landesebene hat sich kürzlich unter Federführung der kommunalen Spitzenverbände und unter Beteiligung der Landschaftsverbände die „Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Kran-

kenhäuser in Nordrhein-Westfalen“ gegründet, die sich sofort in ihrer konstituierenden Sitzung am 27.05.2008 ebenfalls mit dem Thema Budgetdeckung befasst und eine Resolution unter der Überschrift „Der Deckel muss weg“ verabschiedet hat.

Auch die Krankenhausgesellschaft von Nordrhein-Westfalen sowie die Deutsche Krankenhausgesellschaft haben alle Krankenhausträger aufgefordert, mit Nachdruck für eine neue Krankenhausfinanzierungssystematik einzutreten.

Die CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland befürwortet daher uneingeschränkt die vorliegende Resolution, zumal darin auch die besonderen zusätzlichen Probleme psychiatrischer Krankenhäuser deutlich hervorgehoben werden.

Wenn wir weiterhin qualitativ hochwertige Leistungen für psychisch kranke Menschen anbieten wollen, dann geht das nur, wenn wir die Errungenschaften der Psychiatriereform aufrecht erhalten bzw. wieder erreichen. Dazu ist es notwendig, dass die jahrelange gesetzliche Deckelung der Krankenhausbudgets ein Ende hat, und zwar umgehend! – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Dr. Rolle.

Dr. Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen, dass das Gesundheitsministerium die Notwendigkeit zur Bereitstellung von mehr Mitteln für die Personalkostensteigerungen und für die Neueinstellung von Pflegekräften thematisiert.

Die Debatte allein hilft den Kliniken jedoch nicht weiter; denn die Einnahmen der Kliniken sind viel geringer als die tatsächliche Kostenbelastung, die den Krankenhäusern durch Inflation, steigende Energie- und Sachkosten und die Tariflohnabschlüsse entstehen. Denn damit setzt sich die bisherige Unterfinanzierung der Krankenhäuser auch in 2008 fort.

Die steigenden Beitragseinnahmen der Krankenkassen im laufenden Jahr infolge höherer Beschäftigung auf der einen Seite und die bisherige

rigide gesetzliche Regelung, nach der die Kliniken im letzten Jahr lediglich Preiserhöhungen in Höhe der Grundlohnrate des Vorjahres – 0,64 Prozent – tätigen konnten, unterstreicht die Widersinnigkeit der Steuerung der Krankenhausvergütung über den Mechanismus der vergangenheitsbezogenen Grundlohnrate.

Dringend notwendig und hochgradig eilbedürftig ist daher ein Gesetz, das den Krankenhäusern aus der finanziellen Not hilft und verhindert, dass immer mehr Krankenhäuser in die roten Zahlen getrieben werden. Die hohen Einnahmen der Krankenkassen machen deutlich, dass die Mittel dazu vorhanden sind! – Danke.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Peil. – Danach Frau Dr. Schreiber.

Peil (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vor mehr als einem Jahrzehnt – das muss man sich durch den Kopf gehen lassen – wurde die Deckelung der Budgets in den Krankenhäusern – wenig später begleitet von dem diagnosegestützten Abrechnungssystem – im somatischen Bereich eingeführt. Die damalige Regierung hatte sich davon bestimmte Steuerungseffekte erhofft, nämlich unter anderem:

- die Verringerung der Krankenhausbetten und damit eine Angleichung an den Europäischen Standard,
- die Entwicklung von wirtschaftlicheren Verfahren in der Behandlung,
- die Hebung von Rationalisierungsreserven.
- Natürlich war damit der Versuch verbunden, die Steigerungsraten im Versicherungsbereich zu reduzieren.

Was stellen wir fest? – Die Regierung hatte Erfolg, und zwar schon vor Jahren. Es gab diese Rationalisierungsreserven, und auch die Abläufe in den Krankenhäusern waren durchaus optimierbar. Krankenhausbetten wurden im erheblichen Umfang abgebaut; ambulante, teilstationäre und integrierte Behandlungskonzepte wurden entwickelt. Das waren durchaus Fortschritte.

Es gab allerdings auch Nebeneffekte, die viele nicht so positiv gesehen haben, nämlich dass Krankenhäuser schließen mussten oder dass vor allen Dingen auch kommunale Kliniken an private, profitorientierte Unternehmen verkauft wurden.

Aber schon vor Jahren war erkennbar, dass die Krankenhauslandschaft überwiegend die Botschaft verstanden und sich auf den gewünschten Weg begeben hatte. Das gilt besonders für den Landschaftsverband und seine Kliniken sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken, für Verwaltung und Politik.

Das gilt auch heute. Alle Fraktionen haben sich zu der Verantwortung für Patientinnen und Mitarbeiterinnen bekannt. Sie haben sich gegen die Privatisierung entschieden. Sie haben damit bestätigt, dass die Bewahrung und Wiederherstellung der Volksgesundheit eine Aufgabe der öffentlichen Daseinvorsorge ist.

Und was erleben wir im Moment von der Regierung? Genau das, was verantwortliche Mediziner nie tun würden. Der Patient war durchaus auf dem Wege der Genesung. Das Medikament wird aber lustig weiter verabreicht bzw. in der Dosierung sogar gesteigert.

Was passiert? Die zu Beginn der Therapie vielleicht noch hinnehmbaren Nebenwirkungen führen zu einer schweren, für manche Unternehmen tödlichen Erkrankung.

In den letzten Tagen konnte man in den Zeitungen Schlagzeilen lesen – Herr Heidrich hat es schon erwähnt –: „Jeder dritten Klink in NRW droht die Pleite.“ So der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 11.06.

Wenn das Industrieunternehmen wären, würden die Politiker vom Bundestag bis zum Stadtrat, von Rechts bis Links auf die Straße gehen und schon wegen der verlorenen Arbeitsplätze und der zurückgehenden Steuereinnahmen Zeter und Mordio schreien. Hier bleibt es zunächst verdächtig still – oder doch! Es beginnt ein leichtes Lüftchen zu wehen.

Ich bin froh, dass wir heute gemeinsam diese Resolution verabschieden und damit dazu beitragen werden, dass dieses Lüftchen vielleicht zu einem Sturm werden kann, der auch in Berlin notfalls das eine oder andere Dach abdeckt und

frische Luft an die Köpfe lässt. Denn, meine Damen und Herren, hier geht es ja doch um mehr als um Arbeitsplätze. Hier geht es darum, ob kranke Menschen und ob insbesondere bei den LVR-Krankenhäusern psychisch kranke Menschen noch angemessen behandelt und gepflegt werden können.

Wenn wir sehen, dass der gesetzlich vorgesehene Personalstand sich in der Pflege zum Beispiel längst auf ca. 80 Prozent der festgelegten Zahl einpendelt und noch weitere Reduzierungen auf Grundlage der Tarifverhandlungen und der weiter bestehenden Deckelung der Erlöse notwendig wären, dann wird deutlich, dass alle Rationalisierungsreserven längst erschlossen sind und dass wir von der Substanz leben.

Dann wird deutlich, dass alle weiteren Einschränkungen nun schon seit Jahren auf Kosten der Gesundheit von Patientinnen und auch des Personals gehen. Unsere Krankenhäuser werden zu gefährlichen Orten für Patientinnen und für das ärztliche sowie für das Pflegepersonal.

Gerade die Pflegerinnen und Pfleger haben in den letzten Jahren im besonderen Maße die Last dieser faktischen Budgetkürzungen tragen und eine erhebliche Arbeitsverdichtung hinnehmen müssen. In Verantwortung für die Patienten haben sie die Belastung oft auch bis an die Grenze ihrer Kräfte und drüber hinaus getragen. Nicht zu vergessen: für eine Entlohnung, die weiß Gott keine großen Sprünge zulässt und die in den letzten Jahren zu einem realen Kaufkraftverlust geführt hat.

Gerade auch deshalb haben diese Mitarbeiterinnen die ausgehandelte Lohnerhöhung schon dreimal verdient. Und gerade deshalb darf dieser Tarifabschluss nicht zum Anlass weiterer Arbeitsverdichtungen werden, sondern die Mitarbeiterinnen auf allen Ebenen müssen endlich mal wieder Luft holen können und dürfen. Wir müssen endlich mal wieder Personal einstellen und die Behandlungsqualität damit sicherstellen und verbessern können.

Das geht nur, wenn die Deckelung endlich aufgehoben wird. Dazu wird dieser Beschluss heute beitragen. – Vielen Dank.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank. – Frau Dr. Schreiber bitte. – Danach Herr Detjen.

Frau Dr. Schreiber (FDP): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Finanzierungslücke in unseren Krankenhäusern hat bedrohliche Ausmaße erreicht – für unsere Patienten und für unser Personal.

Unsere Resolution, die wir gemeinsam beschlossen haben und hier auf den Weg bringen, ist daher ein Appell an Bund, Land und an die Öffentlichkeit: Weg mit der gesetzlichen Deckelung unserer Krankenhaus-Budgets; denn die Einsparmöglichkeiten sind ausgeschöpft. Jede weitere finanzielle Kürzung bedeutet unweigerlich eine schlechtere Versorgung der psychisch Kranken. Und das sind die Schwächsten der Gesellschaft.

Qualität für Menschen: Das ist unsere Aufgabe. Qualität für Menschen, auch für die schwächsten: Das ist in einer menschlichen Gesellschaft nicht Kür, sondern Verpflichtung. – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank. – Herr Detjen bitte.

Detjen (Die Linke.): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Viele Worte sind schon gesagt worden. Ich möchte darauf hinweisen, dass am 25./26. September die Gewerkschaft ver.di zu einer großen Demonstration vermutlich unter dem Motto „Der Deckel muss weg“ aufrufen wird. Wir fänden es strategisch wichtig, wenn die Landschaftsverbände mit ver.di bei dieser Frage ins strategische Bündnis gehen, weil es darum geht, Qualität zu erhalten.

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass die Gewerkschaft IG Metall vor einem Jahr eine große Kampagne – „Guter Lohn für gute Arbeit“ – durchführte. Das war eine erfolgreiche Maßnahme. Wir als Landschaftsverband können das Thema umdrehen; wir sind ja in gewisser Weise Arbeitgeber. Wir können auch sagen: Gute Arbeit erhält einen guten Lohn.

An diesem Thema sollten wir arbeiten, weil die gute Arbeit und die gute Qualität in unseren Klini-

ken strategisch sehr wichtig für den Erhalt der Landschaftsverbände ist. Wenn wir diese Qualität nicht halten können, wird man uns den Garaus machen.

Insofern glaube ich, dass es wichtig ist, dieses strategische Bündnis nicht nur mit der Gewerkschaft ver.di, sondern auch mit dem Beamtenbund und mit den Krankenhausträgern einzugehen und darauf gerichtet unsere Politik zu betreiben, um eventuell – wir haben ja noch ein bisschen Zeit – für diese Demonstration aufzurufen. – Danke schön.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Resolution die Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Hand- oder Kartenzeichen bitten. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir **einstimmig so beschlossen**. Die Verwaltung wird die Resolution an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Tagesordnungspunkt 6:

Strategische Positionierung des LVR

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe den neuen Landesdirektor gebeten, einige Ausführungen zu den in den nächsten Jahren anstehenden strategischen Positionen des Landschaftsverbandes aus seiner Sicht zu machen. Die Fraktionen der Landschaftsversammlung werden dann in eigener Verantwortung entscheiden, welche Punkte sie aufgreifen und auf welche Weise sie diese umsetzen wollen.

Dazu aber gibt es jetzt eine Art Impulsreferat durch Herrn Voigtsberger. Sie haben das Wort.

Landesdirektor Voigtsberger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst vielen Dank für die Resolution. Sie ist in dieser Einstimmigkeit sehr wichtig für unsere Kliniken, die ja ebenfalls sehr vehement von dieser Situation betroffen sind. Wir

werden das natürlich in entsprechender Form verbreiten.

Dem Wunsch, hier ein paar Worte zu sagen, komme ich gern nach; denn wann hat man schon einmal die Chance, vor der Landschaftsversammlung frei ein paar Gedanken als Landesdirektor zu äußern. Das ist eine echte Möglichkeit, Ihnen ein paar Gedanken von mir vorzutragen. Sie wissen ebenso wie ich genau, dass wir vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen stehen, die für die Landschaftsverbände wichtig sind, die für die Verwaltung wichtig sind, aber die genauso wichtig für die Politik sind.

Ich möchte ein paar der Aufgaben aufzeigen: als erste, denn dort sind wir schon in diesen Tagen gefordert, die Eingliederungshilfe. Wo wird das ambulant betreute Wohnen zugeordnet? Sie wissen, 2003 hat der Landtag dies den Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen übertragen, und seitdem läuft eine Erfolgsgeschichte ohne gleichen – speziell hier im Rheinland.

Heute können wir sagen, dass dies beim Landschaftsverband Rheinland so erfolgreich war, dass wir der einzige überörtliche Sozialhilfeträger in Deutschland sind, wo stationäres Wohnen in der Entwicklung nicht nur gestoppt, sondern sogar gesenkt werden konnte. Es ist in der Tat der einzige Bereich, in dem das in Deutschland gelungen ist.

Ich denke, dass das Gutachten von der Hochschule Siegen, das ins Haus steht, das demnächst bestätigen wird. Wir haben gehört, dass das Land schon Oktober/November entscheiden will, wie die letztendlich gültige Zuordnung aussehen soll.

Das heißt, wir haben jetzt eine Menge Arbeit vor uns. Eine wichtige Informationsarbeit ist hinsichtlich unserer Mitglieds Körperschaften zu leisten: den kommunalen Spitzenverbänden, den Wohlfahrtsverbänden, den Landtagsabgeordneten. Wir werden das im Wesentlichen mit den Westfalen zusammen machen, um uns abzustimmen.

Wir müssen nun wirklich in die Offensive gehen. Die nächsten Wochen und Monate sind sehr entscheidend.

Die kommunalen Spitzenverbände müssen informiert werden; denn sie sind für uns sehr wesentliche Bündnispartner. Gestern hatten wir bei uns

im Haus eine Arbeitsgruppe des Finanzausschusses Städtetag. Bei den Städten werden wir, glaube ich, keine großen Schwierigkeiten haben. Die Kämmerinnen und Kämmerer, die dort zusammenkommen, machen sehr deutlich: Für sie ist die Lösung der Landschaftsverband.

Der Finanzausschuss Städtetag NRW wird wahrscheinlich im August noch eine Sondersitzung abhalten, um das noch einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen. Das halte ich für ein sehr, sehr positives Signal.

Die Wohlfahrtsverbände müssen wir motivieren, sich zu uns zu bekennen; denn wir haben schon erste Briefe der Diakonie und der Caritas. Aber wie es halt immer ist: Sie sind sehr diplomatisch gefasst. Auf der einen Seite ist alles bestens und wunderbar; nur das Wort Landschaftsverband ist nicht zu lesen.

Wir müssen sie daher motivieren, auch hineinzuschreiben, dass das, was so wunderbar ist, über die Landschaftsverbände gelungen ist. Aber wir werden das über die Kontakte ermöglichen.

Und wir müssen die Städte und Kreise überzeugen, wahrscheinlich am meisten die Kreise. Ich hoffe auf die Kolleginnen und Kollegen Landräte hier in der Landschaftsversammlung; denn sie wissen genau, wie die Arbeit hier ausgesehen hat und wie erfolgreich sie im Detail ist. Von ihnen können wir wahrscheinlich am ehesten erwarten, dass andere Positionen auftauchen.

Wir werden Argumentationshilfen zu diesem Zweck vorbereiten – sie sind im vollen Gange –, sodass man in verschiedenen Fassungen sich sehr schnell informieren und Argumente zur Hand haben kann, um sich dieser Auseinandersetzung zu stellen.

Dass diese Auseinandersetzung für den Landschaftsverband, wie ich sagen möchte, lebenswichtig ist, kann man schnell einsehen. Es sind nicht sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von diesem Bereich der Eingliederungshilfe betroffen. Aber es sind 80 Prozent unseres Budgets. Wenn sich das verschieben würde, wäre das für die Landschaftsverbände eine mittlere Katastrophe.

Zu einem anderen Bereich, der uns zurzeit auch ganz massiv beschäftigt: die Situation von WestLB und NRW.Bank. Wir haben schon immer – das

ist Konsens im Haus mit der Politik – gesagt, die strategische Beteiligung an der NRW.Bank ist für uns wichtig; sie wollen wir halten. Die WestLB ist auf Dauer nicht mehr unser Geschäftsfeld; das wird zunehmend eine ganz normale Geschäftsbank mit den entsprechenden Risiken. Wir müssen einen Weg finden, wie wir uns dort hinausbewegen können.

Zurzeit ist das noch etwas schwierig. Durch die Risikoabschirmung der WestLB sind wir natürlich vertraglich die nächsten Jahre gebunden. Aber das heißt ja nicht, dass wir nicht diese Zeit nutzen, um darüber nachzudenken, wie es gehen könnte.

(Allgemeine Zustimmung)

– Ich finde es schön, dass das auf Zustimmung stößt.

(Zurufe von der CDU)

Zurzeit gibt es ein für uns sehr wichtiges und interessantes Thema. Sie wissen, in dem Eckpunktepapier mit dem Land ist vereinbart, dass das Land Aktien von den Eigentümern bekommen kann, wenn der Landesanteil des Risikoschirmes greift; das heißt ab der dritten Milliarde. Zwei Milliarden sind geklärt; sie werden also quotal über alle Eigentümer umgesetzt. Wenn das Land nur noch ab der dritten Milliarde alleine in die Risikoabschirmung kommt, hat es für sich eine sogenannte Calloption in den Gesprächen eingeräumt, um Aktien der Eigentümer zu einem bestimmten Preis bekommen zu können. Er beträgt für die Landschaftsverbände 220 Euro pro Aktie.

Es gibt jetzt einen Streit darüber, welche Aktien damit gemeint sind, ob es die Aktien sind, die der Landschaftsverband direkt hält. Das sind nur 0,5 Prozent. Die meisten Aktien der WestLB halten wir indirekt über die NRW.Bank. Der Streit geht so weit, dass sowohl Udo Molsberger als auch Herr Dr. Kirsch sagten: Es war immer klar; es können nur die direkt gehaltenen sein, also die 0,5 Prozent. – Die Sparkassen und das Land sehen das völlig anders. Sie sagen, es muss der gesamte Aktienbestand der Landschaftsverbände zum Tragen kommen. – Das ist die eine Gefechtslinie.

Die andere Gefechtslinie besteht darin, dass wir ja, wenn wir die Aktien abgeben würden, Geld

vom Land bekämen: die 220 Euro pro Aktie. Wenn es uns gestattet würde, dieses Geld in die NRW.Bank wieder einzulegen, könnte dies für uns sogar zu einer positiven Entwicklung führen, indem wir auf der einen Seite WestLB-Risiken mit den Aktien abgeben und auf der anderen Seite durch die Wiedereinlage in die NRW.Bank bei ihr bleiben können.

Darüber wird zurzeit mit dem Land verhandelt. Wie gesagt, bisher war die Position, uns das nicht zuzugestehen.

Ich hatte heute Morgen noch ein Gespräch mit dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen. Er weiß, dass wir nur noch wenig Zeit haben, um zu Lösungen zu kommen. Wir müssen wegen der EU-Problematik sehr schnell die entsprechenden Konzepte und Papiere auf den Tisch legen. Ich habe den Eindruck, dass Bewegung entsteht. Ich habe heute direkt mit Herrn Dr. Kirsch telefoniert, dass wir unsere Position noch einmal formulieren und mit einer Arbeitsgruppe im Land uns zu verständigen versuchen.

Wenn das gelänge, hätten wir sogar aus der gesamten Krise noch etwas Positives für die Zukunft der Landschaftsverbände entwickelt. Das wäre ausgesprochen positiv und gut.

Ich bleibe bei den Beteiligungen. Bei der Provinzial ist wirtschaftlich alles in Ordnung. Das wissen Sie; das ist hier immer wieder dargestellt worden: im Finanzausschuss, im Landschaftsausschuss. Meine Meinung hinsichtlich der Provinzial, was mögliche Fusionen oder Ähnliches betrifft: Die Provinzial Rheinland ist kerngesund. Eine Fusion benötigt sie nicht. Das ist in den Gremien der Provinzial zurzeit kein Thema.

In Westfalen wird das ganz anders gesehen; das wissen Sie. Dort ist nicht nur eine Fusion mit der Nord-Provinzial eingegangen worden, sondern zurzeit werden Diskussionen auch mit der Sparkassenversicherung Stuttgart geführt. Das ist, wie gesagt, ein völlig anderes Konzept, eine völlig andere Strategie. Wir glauben auch, dass sie nicht sonderlich erfolgreich war. Aber gut, es steht uns vielleicht nicht zu, das zu beurteilen.

Unsere Provinzial ist gesund. Strategische Allianzen mit anderen Unternehmungen einzugehen – ob im IT-Bereich, bei Produktentwicklungen oder im Marketing –, ist natürlich sinnvoll. So etwas kann man eingehen. Aber ich glaube im Kern,

dass wir mit dem Regionalgedanken dieser Versicherungen für das große Land Nordrhein-Westfalen schon sehr gut zwei solcher Versicherungen tragen und ertragen können und sie für unser Land sehr positiv sind.

Nun weg von den Beteiligungen zu einem Thema, das uns in den letzten Jahren sehr stark beschäftigt hat: der Verwaltungsstrukturreform. Es ist zurzeit etwas in der Versenkung verschwunden, wenigstens bis zum Horizont 2012; man weiß nicht, wie sich das weiterentwickelt. Aber ich glaube, dass auch die Landesregierung zunehmend erkennt – bei vielen Projekten wird das deutlich –, dass der Landschaftsverband Rheinland oder die Landschaftsverbände Partner des Landes sind.

Sie kennen die verschiedensten Projekte, die wir mit dem Land gemeinsam zu lösen versuchen.

- Ob es das Thema „Arbeit für behinderte Menschen“ ist, zu dem wir gleich noch eine Pressekonzferenz mit Minister Laumann haben werden – dieses Thema ist ohne die Landschaftsverbände nicht vernünftig bearbeitbar –,
- ob es Kompetenzzentren für behinderte Kinder im Schulbereich sind,
- ob es die Übernahme der Versorgungsverwaltung ist,
- ob es im Kulturbereich der Einstieg oder die Lösung für die Zeche Zollverein in Essen oder
- der Kunstfonds in Brauweiler waren:

Überall sind wir dort Partner des Landes. Ich habe den Eindruck, das Land will auf uns dabei nicht verzichten.

Bei Vogelsang ist es genauso. Dort sind wir erst auf Bitten und der Interventionen des Landes eingestiegen; denn das Land hat deutlich gesagt, es könne sich eine Lösung Vogelsang ohne den Landschaftsverband Rheinland schlichtweg nicht vorstellen.

Das alles sind Signale, die deutlich machen: So geht man mit niemandem um, den man übermorgen abschaffen will. Ich glaube, dass beim Land sich in der Tat etwas bewegt hat. Wenn wir das verstärken können, umso besser.

Der Landschaftsverband ist zunehmend – dies wird an vielen Projekten deutlich – ein sehr

wichtiger Partner für die Städte und Kreise. Den Zollverein in Essen habe ich bereits genannt. Dies gilt auch für das Max Ernst Museum in Brühl, die Lösung Zinkhütter Hof in Stolberg sowie für Vogelsang, wo wir ja mit den Kreisen und verschiedensten Partnern eine Lösung umsetzen. In Solingen haben wir ein wichtiges Museum aufgefangen. Dazu gehören aber auch viele Stiftungen – insgesamt über 30 –, durch die wir überall verdeutlichen: Der Landschaftsverband steht als Partner zur Verfügung und kann sehr konstruktiv und produktiv eingreifen.

Lassen Sie mich überhaupt etwas zu diesem Netzwerkgedanken sagen; denn er steckt ja letztendlich dahinter. Er ist der Bereich Kultur, Umwelt, Schulen – es wird wahrscheinlich in Zukunft noch einiges hinzukommen –, wo die kommunale Familie sich in Netzwerken organisiert.

Es besteht der Gedanke, in diesen Netzwerken kommunale Lösungen für regional wichtige Projekte zu erarbeiten. Wir können natürlich nicht jedes Heimatmuseum auffangen und jede Teichanlage retten. Aber für regional wichtige Projekte sind diese Netzwerke hervorragend geeignet, um diese Projekte zu retten und zu entwickeln.

Darüber hinaus bieten diese Netzwerke natürlich die Möglichkeit einer Ausgleichsfunktion. Viele dieser Projekte überfordern die einzelne Stadt, die einzelne Kommune. Ich möchte der Stadt Essen nicht zu nahe treten, Herr Fliß, aber die Zeche Zollverein hat auch die große Stadt Essen eigentlich überfordert. Sie braucht daher einen Partner, um das Problem zu lösen. Insoweit bieten wir uns an, im regionalen Ausgleich einzusteigen.

Wir können garantieren, dass wir effektivere und effiziente Umsetzungen – ob es nun Marketing oder Management ist – in diese Projekte einspeisen, damit die personellen und finanziellen Ressourcen sich erweitern. Wir sind natürlich auch als Landschaftsverband interessiert, um uns damit in der Fläche weiter zu verankern, positive Beispiele dort zu setzen.

Diese Netzwerkarbeit stärkt den Landschaftsverband inhaltlich und politisch. Sie spüren es vor Ort sicherlich genauso wie ich, wie man von den kommunalen Partnern empfangen und aufgenommen wird.

Netzwerke bedeuten aber auch: Die lokalen Partner bleiben an Bord. Das hat den großen Vorteil, dass auch örtliches Engagement weiterhin mobilisiert wird, dass man nicht sagt: Das ist jetzt euer Job, macht den mal – und wir fordern nur noch. – Nein, die lokalen Partner bleiben an Bord, und dieses Engagement wird für die Projekte mit geschöpft. Es hat auch den Vorteil, dass eine Bescheidenheit in der Diskussion möglich ist. Wenn ich immer nur fordern muss und ein anderer zahlen soll, ist das eine relativ einfache Sache. In dem Moment, in dem man mit einem Anteil dabei ist, überlegt man doch, ob die eine oder andere Forderung sinnvoll ist.

Also: Das ganze Konzept des Netzwerkes bekommt beim Landschaftsverband einen enormen Schwung und wird von den verschiedenen Kreisen und Städten sehr positiv angenommen.

Wir müssen natürlich deutlich machen: Was ist netzwerktauglich? Was bietet sich dafür an? Es kann sicherlich nicht alles über diese Netzwerke laufen. Aber ich glaube, es versteht jeder, wenn man das mit Kriterien verbindet.

Wir haben weitere Projekte. Das Bädernmuseum in Zülpich verhandelt zurzeit mit uns sehr intensiv, um eine Lösung mit uns zu finden, weil dieses Projekt letztendlich die Stadt Zülpich überfordert. Wir haben Ansprachen aus Wuppertal, Fuhlrott-Museum, Energeticon im Kreis Aachen, Butzweilerhof in der Stadt Köln und Schloß Dyck, Rhein-Kreis Neuss, von denen wir wissen, dass wir dort zu einer Lösung beitragen müssen. Es sind überall Gespräche notwendig, um für uns verkraftbare Lösungen zu überlegen.

Meine Damen und Herren, ich denke, Sie geben mir Recht: Mit diesen Netzwerken platziert sich der Landschaftsverband Rheinland mitten in der kommunalen Familie als Problemlöser. Wir sind Partner der Kommunen; wir sind Partner des Landes. Ich muss sagen, viel besser geht das eigentlich gar nicht. Wenn man das umgesetzt bekommt, wird niemand mehr über Landschaftsverbände ein Fragezeichen stellen.

Ein anderes wichtiges Thema – die Resolution hatte ich schon angesprochen – sind die Kliniken. Wir alle können uns die Landschaftsverbände ohne Kliniken überhaupt nicht vorstellen; im Gegenteil: Gerade vom Landschaftsverband Rheinland begann bereits in den 70er-Jahren über die Psychiatrieenquete die Psychiatriedis-

kussion in Deutschland. Wir haben sie, vom Rheinland ausgehend, deutschlandweit wesentlich bestimmt. Wir haben das Potenzial, das wieder zu erreichen; denn für mich heißt Zukunft der Kliniken auch Zukunft der Psychiatrie.

Wir müssen das, was die Psychiatrieenquete damals in den 70er-Jahren – das ist fast vierzig Jahre her – an gewaltiger Veränderung ausgelöst hat, weiterentwickeln. Wer sonst soll wesentlich mit dazu beitragen, wenn nicht wir? Es gibt keine größeren Potenziale in Deutschland als die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, die solch eine Aufgabe lösen können.

Das heißt, wir wollen moderne Kliniken, modern geführt, mit modernen Konzepten beim Landschaftsverband Rheinland umsetzen. Ich glaube, die Menschen im Rheinland möchten das, sie wünschen das, sie brauchen das – auch wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind. Das wissen wir alle. Aber wir müssen unsere Kliniken in dieser Form fit für die Zukunft machen.

Sie wissen, das Projekt „Zukunft der Kliniken“ ist gestartet. Es läuft mit unserer Gesundheitsdezernentin an der Spitze hochengagiert. Wir sind fast jede Woche in intensiven Gesprächen. Sie sind ja in weiten Bereichen über die Kommissionen daran beteiligt. Man kann mit der bisherigen Entwicklung sehr zufrieden sein, und ich hoffe, dass wir mit Ihrer Unterstützung gute Lösungen finden; denn ich muss Ihnen sagen: Es ist nicht nur ein Verwaltungsproblem. Wir werden am Ende mit Ihnen reden müssen, wie eine moderne Steuerung der Kliniken aussieht. Es wird sich auch auf der politischen Seite sicherlich das eine oder andere ändern müssen.

Ich weiß, dass Sie das wissen und dass wir entsprechende Lösungen finden werden.

Ein paar weitere Themen möchte ich noch ansprechen: Die Integration behinderter Menschen – eigentlich ein Megathema der Gesellschaft – in die Gesellschaft hat in Deutschland einen hohen Standard. Wir wissen, dass sich Europa mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Es ist inzwischen ein Gütezeichen für eine zivile Gesellschaft mit einem hohen sozialen Standard.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde gleich noch auf ein Thema zurückkommen, das mich tief bewegt hat. Darauf werde ich aber am Ende kommen.

Diese Integration muss im vorschulischen Bereich, im schulischen Bereich, im Bereich Wohnen, im Bereich Arbeit geleistet werden. Überall tun sich Felder der Integration auf. Wir vom Landschaftsverband sind die kompetentesten Partner, um dies umzusetzen. Überall sind wir mit den entsprechenden Konzepten versehen.

Ein sehr wichtiges Thema zur Integration: Ich möchte an dieser Stelle unseren Tag der Begegnung ansprechen, dieses Jahr in Xanten. Er ist wieder außergewöhnlich erfolgreich. Inzwischen habe ich das Problem, dass in Xanten die Menschenmenge fast zu groß wird. Wir kommen zunehmend in die Problematik, auf Dauer dort eine ganz andere Logistik zu benötigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Stellen Sie sich nur vor, wenn dort Probleme wie 30 km von Xanten entfernt auftauchen, wo zur gleichen Zeit in Weeze ein starkes Unwetter auftrat. Wenn solch ein Unwetter über Xanten heruntergeht, bekommen wir ein Problem, wenn wir nicht sofort für die behinderten Kinder und Menschen die geeignete Logistik am Ort haben. Wir werden sehen, wie sich das weiterentwickeln kann.

Im nächsten Jahr wollen wir das noch einmal in Xanten machen. Wir wollen dieses Thema – es ist ja das Jahr der Europawahl – unter die Überschrift „Behinderte Menschen in Europa – Barrierefreiheit in Europa“ stellen. Ich glaube, es kann sich jeder vorstellen, wenn wir in Deutschland das alles wunderbar eingerichtet haben.

Was passiert denn mit einem behinderten Menschen, wenn er seinen Arbeitsplatz nach Belgien, Holland oder Frankreich verlegen will? Das ist für einen Nichtbehinderten gar kein Problem. Er hat Freizügigkeit und macht das mal. Für einen behinderten Menschen entstehen riesige Barrieren. Wie wird er dort empfangen und versorgt? Welche Angebote erhält er dort? Das ist nicht mehr ganz einfach.

Also, das Thema nächstes Jahr, „Ein barrierefreies Europa auch für behinderte Menschen“, wird uns vielleicht ganz neue Erkenntnisse bringen. Wir haben Belgien als Partnerland gewonnen.

Insoweit ist Brüssel dadurch schneller erreichbar. Mal sehen!

Und eine Idee: Im Jahr 2010 haben wir die Kulturhauptstadt Europa im Ruhrgebiet, explizit in der Stadt Essen. Es wäre natürlich sehr schön, die Integration durch Kultur in diesem Jahr zum Thema zu machen. Es ist zu überlegen, ob man dann nicht auch im Ruhrgebiet Flagge zeigt, mit dieser Problematik Kultur mit und für behinderte Menschen. Das könnte der Kulturhauptstadt Europa guttun. Das wäre eine Möglichkeit, aber erst für 2010.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Thema kommen, wenn man viele gute Projekte hat, eine gute Arbeit leistet. Das müssen auch die Menschen im Rheinland erfahren. Das Motto „Wir sind gut, aber keiner weiß es“ hilft uns nicht weiter; das macht uns vielleicht selbst zufrieden, ist aber für einen Umlageverband nicht das Ziel, sondern wir müssen weiterkommen.

Insoweit ist Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationsarbeit, Medienarbeit ein Schlüsselthema auch für die Verwaltung – ich weiß, sicher auch für Sie. Wir benötigen in Zukunft eine neue Aufstellung, eine starke, zentrale Kommunikationseinheit.

Wir möchten einen Fachbereich Kommunikation einrichten, der sowohl nach innen für eine interne Kommunikation, aber auch nach außen entsprechend professionell und gut wirken kann, der Strategien entwickelt und sie ständig überprüft, auch in einer – ein schönes Wort – Medienresonanzanalyse: Kommt das, was wir tun, überhaupt so an, wie wir das glauben?

Wissen Sie, ich finde es fantastisch, wenn Sie sich in den Medien ansehen, wie manche mit viel Aufwand etwas vermarkten, es aber so quer ankommt, dass es eher negativ wirkt. Das heißt, auch das muss man ständig checken.

Wir werden unsere personelle Situation auf diesem Gebiet deutlich verbessern. Vielen Dank für die einstimmige Wahl von Herrn Selbach im Personalausschuss. Ich glaube, das ist eine gute Basis, damit er in diese wichtige Aufgabe einsteigen kann. Ich halte ihn für einen hervorragenden Mann. Sie wissen, er ist zurzeit für den Bereich Kommunikation/Marketing bei der Credit Suisse in Zürich, der zweitgrößten Bank in der Schweiz, zuständig.

Wir bekommen in der Tat aufgrund seiner Liebe zum Rheinland – er kommt aus dem Rheinland, aus Königswinter, und möchte wieder ins Rheinland – einen Menschen, den wir sonst so einfach nicht bekommen hätten. Aber man muss ja mit dem Pfund Rheinland an solch einer Stelle wuchern.

Wir brauchen als Landschaftsverband eine Identifikation, ein Corporate Identity, ein Corporate Design. Das muss einfach stimmen. Die LVR-Marke muss insgesamt gestärkt werden. Ich habe den Eindruck: Wir schauen oft neidvoll auf andere Lösungen, gerade was die Westfalen betrifft.

Ich halte es für sehr wichtig: Wo LVR drin ist, muss auch LVR draufstehen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Wir müssen tolle Dinge machen – bis hinein in den „Spiegel“. Einen Drei-Seiten-Artikel gab es im „Spiegel“. Aber man las und las und las und fragte sich: Wer ist denn nun endlich der Geschäftspartner? Und welche Klinik ist denn gemeint? Sie finden es kaum heraus, bis auf der dritten Seite im siebenten Absatz steht: Es ist eine rheinische Klinik. Natürlich begreift kein Mensch in Deutschland, dass sich dahinter der Landschaftsverband verbirgt.

Wir brauchen daher eine LVR-Marke; sie muss deutlich erkennbar werden. Ich glaube auch, dass gerade der LVR inzwischen für viele Menschen eine sehr positiv besetzte Marke ist. Wir haben auch viel zu verkaufen. Wir müssen uns die entsprechenden Konzepte überlegen und sie angehen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, ein paar Worte zur Verwaltung an sich zu sagen. Ich glaube, Sie sind mit mir einig, dass wir beim Landschaftsverband Rheinland eine enorm leistungsstarke, wenn nicht vielleicht sogar eine der leistungsstärksten Verwaltungen in der kommunalen Familie im Rheinland haben.

Das wird uns nicht nur von außen bescheinigt. Sie wissen von dem Lob des Innenministers zu unserer NKF-Umsetzung, wozu er uns eine bundesweite Vorbildfunktion bescheinigte. Sie wissen auch, dass wir an vielen Projekten, um diese Verwaltung zu optimieren, arbeiten – sei es die elektronische Akte, sei es die automatische

Rechnungsverarbeitung oder seien es die verschiedensten Anwendungen, die wir zurzeit im Bereich des Dezernats 7 umsetzen.

Das ist ausgesprochen aufwändig und ausgesprochen wichtig. Aber es spricht sich herum.

Wir sind von der Postbank als Pilot angesprochen worden, inwieweit wir uns dafür zur Verfügung stellen, eine komplette Verbuchungskette vom Kunden bis in die Verbuchung in unserer Finanzbuchhaltung nur noch auf elektronischem Wege zu ermöglichen.

Die Post hat ein Problem. Sie verschickt bisher immer Rechnungen, die in ein Kuvert mit einer Briefmarke von 50 Cent gesteckt werden. Diese Rechnung – das sieht die Post auch – wird in Zukunft so nicht mehr stattfinden. Das heißt, wie verdient die Post dann ihr Geld? Sie versucht den Kunden einen elektronischen Weg anzubieten. Nur: Das muss einmal getestet werden.

Die Postbank ist bereit, mit uns, dem Landschaftsverband, einen Piloten zu starten. Er kostet uns nichts, wird aber mehrere Wochen dauern, um das mit den geeigneten Kunden, also Krankenkassen, Verbänden, Einrichtungen, zu testen. Das muss natürlich alles abgestimmt werden. Aber wir bekommen damit zum Nulltarif eine Möglichkeit, auch uns weiter zu optimieren. Wir sind ja sowieso schon auf dem halben Weg der automatischen Rechnungsverarbeitung.

Bisher sieht das so aus: Wir bekommen eine Rechnung, scannen sie ein. Dann schließt sich ein sehr aufwändiges heuristisches Verfahren an, das die Rechnung und den Kunden identifiziert. Es entstehen dabei natürlich viele Pannen. Dann geht es bei uns elektronisch weiter.

Dieser Aufwand des Einscannens kostet allein 13 bis 15 Euro pro Rechnung. Sie können sich vorstellen, dass es eine gewaltige Verbesserung bedeutet, wenn man das umstellen könnte.

Nicht jeder wird von der Postbank angesprochen. Es hat sich offensichtlich herumgesprochen, dass bei uns gute Ansätze vorhanden sind.

Wir kooperieren mit anderen Verwaltungen sehr intensiv. Unsere Finanzbuchhaltung führt die Buchhaltung für die KGSt. Wir kooperieren mit der Stadt Köln. Ein zweites Rechenzentrum wird gemeinsam mit der Stadt Köln entwickelt und

aufgebaut. Wir arbeiten mit der Stadt Köln bei der Bürgerrufnummer zusammen. Dieses Projekt wird intensiv durch Frau Hötte begleitet. Wir können mit der Stadt Köln an solch einer für den Bürger sehr wichtigen Innovation teilhaben.

Der Städtetag ruft mich immer wieder an und möchte gern mit dem Landschaftsverband zusammenziehen und in einem gemeinsamen Gebäude die Synergien nutzen. Das macht man auch nicht mit jedem, dem man nichts zutraut und mit dem man ständigen Ärger befürchtet.

Das alles sind im Prinzip gute Signale. Uns wird von außen vertraut, und uns traut man auch etwas zu. Wir haben das im ersten Verwaltungsstrukturprozess in dem sogenannten Hesse-Gutachten bescheinigt bekommen. Wolfgang Clement hatte das Gutachten bei Hesse, der damals beileibe kein Befürworter der Landschaftsverbände war, in Auftrag gegeben. Aber an einer Stelle hatte Hesse gesagt: Sie machen ihren Job gut; sie machen ihn effizient und effektiv. Aber ordnungspolitisch können wir auf sie verzichten.

Das ist natürlich die falsche Schlussfolgerung. Aber dieses Prädikat nehmen wir natürlich gerne zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, für eine Verwaltung ist das ein schwieriger Prozess; denn wenn andauernd nur beschleunigt wird, permanent beschleunigt wird, muss das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erträglich sein. Menschen wollen sich eben nicht nur virtuell, sondern auch live treffen. Das ist für die Arbeitsbeziehungen sehr wichtig. Es gibt in der Fachbranche den Ausdruck „Hightech verlangt high touch – sonst ist hightech nicht machbar“. Das heißt, man muss auch in Zwischenmenschlichkeit investieren.

Dafür tun wir beim Landschaftsverband eine Menge, und wir werden das Signal an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbauen. Wir kümmern uns um ihre Gesundheit; wir bieten ihnen Möglichkeiten, gemeinsame Sportveranstaltungen, Lauftreffs und Ähnliches umzusetzen. In den Abteilungen und Dezernaten wird dieser Gedanke gepflegt, dass im Zentrum die größte Ressource die Mitarbeiterin und der Mitarbeiter sind.

Ich muss Ihnen sagen – Sie wissen es vielleicht –, wir haben zur Verabschiedung von Udo Mols-

berger seit vielen Jahren wieder eine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterversammlung abgehalten – hier bei uns in Köln am Landeshaus unten in einem Zelt. Diese Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterversammlung hat eine ausgesprochen positive Resonanz gefunden. Eine Vielzahl von Mails haben verschiedene Stellen in der Verwaltung – natürlich auch mich – erreicht. Das hat eine regelrechte Begeisterung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgelöst. Man sieht, es ist einfach notwendig, und ich möchte das auch alle zwei Jahre wiederholen.

Der Landschaftsverband und die Verwaltung müssen einfach erleben, wer wir sind, wie wir zusammenarbeiten, dass man sich kennenlernt, dass man sich trifft, um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln.

(Zuruf von der SPD: Wir brauchen dann nicht alle zwei Jahre einen neuen Landesdirektor!)

– Das brauchen wir dafür nicht; das machen wir dann auch ohne Verabschiedung.

Aber – und das ist auch ein schönes Signal – ich bin direkt von einem Mitarbeiter angesprochen worden, der mir sagte: Herr Voigtsberger, wir hatten früher eine LVR-Big-Band. – Meine Antwort: Das ist ja toll. Und wo ist die? – Die sind eigentlich alle noch da, aber wir haben uns nicht mehr getroffen. Wir haben uns mal kurzgeschlossen. Wir könnten eigentlich diese LVR-Big-Band wieder beleben.

Ich habe ihn darin bestärkt und gesagt: Ich halte das für eine fantastische Sache, wenn die Landschaftsverband-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in ihrer Freizeit so etwas machen und das Leben des Landschaftsverbandes damit bereichern.

(Beifall bei SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Herr Professor Patt, Mitglieder der Landschaftsversammlung sind dazu herzlich eingeladen.

(Zuruf: Special guests!)

– Special guests, jawohl, top event!

Meine Damen und Herren, Sie sehen, Sie können uns durchaus einiges zutrauen. Sie können sicher sein, dass die Verwaltung ihr Bestes für den Landschaftsverband gibt. Ihr Vertrauen ist

mindestens eine so breite Allee des Erfolges wie die gewaltige Datenautobahn, die wir permanent verbreitern. Aber das Vertrauen und die Zwischenmenschlichkeit gehören mit dazu, um am Ende wirklich erfolgreich zu sein.

Die Themen, die ich noch kurz ansprechen wollte – Problemthemen, RKG oder die Jugendhilfe –, sind gemeinsam auf einem guten Weg. Das brauche ich, glaube ich, hier nicht weiter zu vertiefen.

Zwei Themen liegen mir noch am Herzen. Das ist zum einen das nachhaltige Bauen oder überhaupt das Thema Nachhaltigkeit. Es ist inzwischen beim Landschaftsverband auch zu einer Art Zertifikat geworden. Es ist sogar zu einer Art Exportschlager geworden. Viele Stellen fragen bei uns an, unsere Konzepte weiterzugeben. Selbst von der Bundesebene wird bei uns angefragt.

Dass wir auf dem richtigen Weg sind, zeigt der tägliche Blick auf die Energiepreise. Dass wir diesen Weg weiter ausbauen und verstärken, ist ausgesprochen wichtig und richtig. Ich muss sagen: Es macht auch riesigen Spaß. Ich war letzte Woche auf einem Kongress in Berlin mit dem Thema „Nachhaltiges Bauen“. Es saßen eine ganze Reihe von Baudezernenten und Bürgermeistern in diesem Auditorium. Wenn man sie staunen sieht und hinterher die Frage hört: Können wir sofort bei Ihnen Ansprechpartner bekommen?, macht das richtig Spaß. Dem Landschaftsverband tut das auch gut.

Meine Damen und Herren, Politik sollte nicht versuchen, die bessere Verwaltung zu sein. Das ist sowieso bei unserer Verwaltung unmöglich – oder sagen wir: wenigstens schwierig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich bitte Sie darum: Vereinbaren Sie mit uns Ihre Ziele. Es ist für uns sehr wichtig, mit Ihnen Orientierungen diskutieren zu können. Sie können sicher sein, dass wir diese Ziele bestmöglich umsetzen.

Wir werden dazu das Berichtswesen verbessern und ausbauen, für mehr Transparenz sorgen, damit auch die politische Steuerung in den Gremien verbessert werden kann.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt, den ich noch ansprechen will: die internationale Arbeit des Landschaftsverbandes Rheinland. Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir haben eine Vielzahl von Kontakten ins Ausland und mit dem Ausland – ob es die Kultur ist, wo Frau Karabaic sich enorm engagiert: Spanien, England, Portugal, Frankreich, USA, oder ob es der Bereich – –

(Boss, CDU: Die Eifel!)

– Für manche ist die Eifel schon Ausland; das ist richtig, ja. Es kommt darauf an, wo man wohnt.

Im Bereich Jugend haben wir hervorragende Projekte. Im Landschaftsausschuss ist Stazzema beschlossen worden, ein ganz wichtiger Kontakt zu einem Ort in der Toscana, wo in den letzten Kriegstagen deutsche SS-Einheiten ein gewaltiges Massaker angerichtet haben. Wir haben auch schon die Erfahrung mit Lidice.

Wir als Landschaftsverband haben mit unserem Bereich Jugend eine Verantwortung; denn diese Orte gibt es nicht nur in Italien und nicht nur in Tschechien. Sie gibt es genauso in Griechenland, Distoma, oder in Oradour in Frankreich.

Wenn wir versuchen, diese Orte ein Stück weit langfristig und nachhaltig zu begleiten und dort zu signalisieren, wie junge Deutsche sich dieser Verantwortung stellen: Ich glaube, das würde dem Rheinland, es würde ganz Deutschland enorm guttun. Insoweit glaube ich, dass wir den internationalen Part nicht unterschätzen dürfen.

Wir wollen keine Außenpolitik betreiben. Aber Menschen, die sich direkt auf kommunaler Ebene in verschiedenen Projekten treffen, sind sehr wichtig, um eine große Politik eines neuen und geeinten Europas letztendlich erfolgreich werden zu lassen.

Deswegen möchte ich das zu meinem eigenen Anliegen machen – natürlich mit den Fachdezernaten zusammen, natürlich mit den Gremien und der Landschaftsversammlung zusammen –, um das alles weiterzuentwickeln.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wollen dies vor allem auch projektbezogen entwickeln.

Dazu darf ich Ihnen jetzt ein Ereignis schildern. Leider ist Herr Stump schon gegangen. Wir hatten gemeinsam ein sehr tiefgreifendes Erlebnis.

Sie wissen, dass die Frau des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko vorgestern in Deutschland war. Sie hat den Rhein-Erftkreis besucht. Landrat Stump hatte eingeladen. Es war zunächst einmal ein ganz normales Treffen. Ich saß in einer Runde – Herr Stump hatte auch mich eingeladen – von Investoren und Wirtschaftsleuten, die sich über alles Mögliche unterhalten haben, was in den Beziehungen Rheinland/Deutschland mit der Ukraine möglich ist.

Danach kam ich an die Reihe, und ich sprach unser LVR-Projekt „Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine“ an. Ich wusste nicht, dass die Mutter von Frau Juschtschenko ebenfalls Zwangsarbeiterin in Deutschland war: in einer Klinik in München. Frau Juschtschenko hatte schlagartig Tränen in den Augen und hat uns die Geschichte ihrer Familie erzählt. Das war ausgesprochen ergreifend. Dort saßen die Manager und alle, die mit so etwas gar nicht gerechnet hatten.

Frau Juschtschenko war zutiefst gerührt. Ich muss sagen: wie wir alle. Einen solchen Abend vergisst man so schnell nicht. Sie hat es erfahren und weiß, dass wir eine Ausstellung in Kiew planen. Sie hat gesagt, sie möchte diese Ausstellung persönlich eröffnen – wenn es gehe, an jedem Ort in der Ukraine, den wir vorschlagen.

Der Sicherheitsminister hat sofort erklärt, er werde für Kiew die beste Ausstellungslokalität suchen, die man für solch einen Zweck haben kann, und hat gleichzeitig angekündigt: Wenn Frau Juschtschenko kommt, kommt Herr Juschtschenko auch. – Also, der Präsident wird sich dem ebenfalls anschließen.

Frau Juschtschenko war an der gesamten Arbeit des Landschaftsverbandes, vor allem an der Behindertenarbeit, hochinteressiert und hat mich gebeten, für sie alle Informationen und Unterlagen zusammenzustellen und ihr zu schicken. Sie werde gerne in diesem Zusammenhang noch Kontakte zu uns aufnehmen, da sie eine Stiftung gegründet hat – Ukraine 3000 –, die sich vor allem um kranke und behinderte Kinder in der Ukraine sorgen soll.

Ich hatte auch mit Paul Heidrich gesprochen – wir haben einen Verein zur Förderung behinder-

ter Kinder oder Menschen in Europa –, inwieweit wir nicht auch ein konkretes Projekt in der Ukraine angehen können.

Der ganze Abend nahm einen völlig anderen Verlauf. Die Delegation aus der Ukraine sagte: Wir sind hierher gekommen, um Geschäfte abzusprechen. Wir gehen und haben Freunde gewonnen. Sie erwähnten eines: Nur dadurch, dass wir die Geschichte sauber aufarbeiten, haben wir die Chance, in die Zukunft zu gehen.

Sie haben bisher viele Kontakte in Deutschland gehabt. Auf das Thema Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine sind sie bisher nirgendwo angesprochen worden, obwohl das in der Ukraine ein enormes Thema ist – gerade in Bezug auf Europa.

Frau Juschtschenko sagte, in der Ukraine würden sie Ostarbeiterinnen genannt. Sie selbst wird mit ihrer Stiftung das schwerpunktmäßig weiter aufarbeiten, weil nur so eine Chance besteht, die Tür zu schließen und eine neue Tür für die Zukunft aufzumachen.

Ich denke, das ist ein sehr, sehr schönes Bild. Wenn wir als Landschaftsverband Rheinland helfen können, tun wir nicht nur etwas für das Rheinland, sondern für unser ganzes Land.

Ich möchte mich bei Herrn Stump noch einmal bedanken. Er hat diesen Abend hervorragend geführt. Er war auch tief ergriffen und sagte mir hinterher: Das muss man erst mal wegstecken; das wird nicht ganz so einfach sein. – Aber es war ein enormes Erlebnis.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Paßmann, FDP: Zehn Jahre zu spät!)

Aber das zeigt, meine Damen und Herren, dass wir als Landschaftsverband in diesen Zusammenhängen eine ganz, ganz wichtige Aufgabe haben.

Sie sehen, wir werden viele spannende und interessante Themen vor uns haben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, auf ein gemeinsames Tun, und ich hoffe, dass wir das Quentchen Glück dafür haben, das wir bei all diesen Projekten brauchen.

Ich freue mich auf die Zeit, die jetzt kommen wird. – Vielen Dank.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Landesdirektor Voigtsberger, für diesen eindrucksvollen Vortrag.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 7:**

**Anfragen der Mitglieder der
Landschaftsversammlung**

Anfragen liegen mir nicht vor.

Damit kann ich die Sitzung schließen. Ich wünsche Ihnen allen erholsame Ferien.

(Schluss: 11.09 Uhr)